

## Protokoll

über die am 4. August 1938 vormittags stattgefundene Konferenzsitzung des Landtages.

Abwesend Abg. Bas. Vogt

Reg. Chef Dr. Hoop und zeitweilig Dr. Vogt

Schriftführer Gassner

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und anstandslos genehmigt. Ebenso wird auch das Protokoll der vorletzten Sitzung genehmigt. Abg. Ferd. Risch wünscht eine Abschrift bezg. des Expropriationsbegehren der Gemeinde Schaan.

Es wird eine Umstellung des Programmes vorgenommen und folgende Punkte auf die Tagesordnung genommen.

### 1. Abänderung des Sparkasengesetzes.

Reg. Chef: Es handelt sich um drei Punkte, die in einer Gesetzesnovelle

aufgenommen werden sollen: 1. soll es möglich gemacht werden, dass die Sparkasse an die Landeskasse Darlehen gibt bis zu Frs. 1,500,000. gegenüber wie bisher Fr. 500,000; 2. das bei Gewährung von Hypothekendarlehen an Private der Verwaltungsrat jeweils die Bedingung daran knüpfen kann, dass jährliche Amortisationen erfolgen müssen und 3. dass der Reingewinn zur Hälfte dem Reservefonde und zur Hälfte der Landeskasse zufällt. Die Begründung ist folgende. Für den 1. Punkt ist die Sache klar und harmlos. Bei Punkt 2 findet der Verwaltungsrat dass es im Interesse des Schuldners und der Sparkasse ist, wenn eine bescheidene Rückzahlung geleistet wird, wobei es natürlich nicht eine ungewöhnliche Härte sein soll. Wirtschaftlich wäre dies nur gesund. Zu Punkt 3 wäre zu erwähnen, dass die Sparkasse eine jener Banken ist, die einen niederen Reservefond hat. Um ihr Ansehen zu wahren und zu heben, empfiehlt der Verwaltungs- und Aufsichtsrat der Sparkasse, die Verteilung des Reingewinnes so vorzunehmen. Es würden also die Frs. 20,000, die für soziale Zwecke Verwendung fanden, wegfallen und dem allgemeinen Budget entnommen werden müssen.

Ferd. Heidegger versteht es nicht recht, wenn noch Abzahlungen geleistet werden sollen, wenn man den Zins kaum aufbringe."

Der Landtag ist der Meinung, dass auf die sozialen Verhältnisse des Schuldners Rücksicht genommen werden müsse, was der Sparkasse nahe-zulegen sei.

Grundsätzlich ist der Landtag mit der Novellierung des Sparkasengesetzes in der vorgelegten Form einverstanden. Die Regierung wird beauftragt, die bezgl. Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

## 2. Niederlassungsbedingungen für Juden und Emigranten.

Reg. Chef: Wir werden gegenwärtig überschwemmt mit Gesuchen um Erteilung der Aufenthaltsbewilligungen im Lande. Nach der Praxis ist zu befürchten, dass sie niemehr nach Deutschland zurückkehren dürfen und so bleiben sie dann in jenen Ländern, wo sie wohnten. Mir scheint es ratsam zu sein, wenn man mit äusserster Vorsicht bei Neuerteilung von Aufenthaltsbewilligungen vorgeht und die schwersten Bedingungen daranknüpft. Grundsätzlich wäre überhaupt kein Jude mehr aufzunehmen. Wenn ein Fall aus Gründen der Arbeitsbeschaffung besonders gut ist, dann soll dies nur zu nur zu erschwerten Bedingungen möglich sein. Als solche würde ich vorschlagen die Hinterlage von soviel Geld, als heute für die Einbürgerung verlangt wird und die Hinterlage von einwandfreien Papieren, dass der Gesuchsteller ordnungsmässig ausge-reist ist, ebenso muss der betreffende sich allgemeiner Honorigkeit erfreuen.

~~MMMM~~ Dr. Schädler übernimmt den Vorsitz.

Büchel: Ich möchte den Antrag stellen, dass auch die, welche bereits die Niederlassung haben, einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Es kann für uns noch einmal katastrophal werden.

Dr. Schädler: Ich teile die Sorgen des Reg. Chef vollständig und auch die des Abg. Büchel. Das weist sich im Falle Isenberg. Ich möchte diese Anträge wärmstens befürworten.

Risch Ferdi: Ich möchte den Antrag Büchels unterstützen. Es soll eine genaue Kontrolle stattfinden, sei es nun eine Jude, Italiener oder dergl.

Reg. Chef: Wenn einer sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, wird es hart sein. Wir haben einen Fall Chantoff, wohin tun wir sie? In vielen Fällen wird es nicht leicht sein, aber immerhin haben wir einen gewissen Rückhalt, wenn der Landtag unserem Antrage zustimmt. Es wird vor allem bei denen happern, die kein Geld haben.

Risch Ferdi: Die Regierung sollte keine Aufenthaltsbewilligungen erteilen, bevor nicht die betreffende Gemeinde gehört worden ist. Ich erwähne den Fall Römer, wo heute 3-4 Familienmitglieder zugewandert sind. Eines hat sogar noch ein liecht. Mädchen ins Unglück gebracht und ist fein heraus.

Reg.Chef: Davon wissen wir nichts und die hättest Du müssen von Schaan wegschicken. Wir müssen doch nicht in den Gemeinden herum-schnüffeln. Wir tun das, was möglich ist, um unerwünschte Ausländer fernzuhalten.

Vogt Georg: Wir haben auch eine neue Familie zugewandert bekommen, es ist eine Schweizer Familie, dessen Oberhaupt in Vaduz arbeitet und die Aussichten sind nicht besonders rosig.

Büchel: Ich möchte beantragen, die Kautions für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung auf Frs. 50,000 zu erhöhen. Wenn sie das nicht leisten können, sind sie sowieso nicht interessant zum Vorneherein.

Dr. Schädler: So würde der 1. Antrag lauten: Neue Niederlassungsbewilligungen werden nur erteilt bei Hinterlage einer Kautions von Frs. 50,000 und nur dann, wenn die Niederlassung von Emigranten im eminenten wirtschaftlichen Interesse des Landes ist. Ueberdies wäre Voraussetzung ein guter Leumund.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Schädler: Der 2. Antrag des Abg. P. Büchel lautet, dass die bestehenden Niederlassungen nachgeprüft werden sollen und falls die Prüfung ergibt, dass aus der bestehenden Niederlassung eine Gefahr für das Land besteht, soll diese nicht mehr erneuert und getrachtet werden, die Leute aus dem Lande zu bringen.

Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

### 3. Freigabe von Kautionen von Eingebürgerten.

Reg.Chef verliest das Gesuch des Neueingebürgerten Kocherthaler, der nach Spanien zurückkehren und die Kautions von Frs. 60,000 frei bekommen möchte.

Der Landtag beschliesst einstimmig mit Rücksicht auf den bestehenden Landtagsbeschluss, der die Stellung dieser Kautionen bestimmte, Ablehnung des Gesuches.

### 4. Bewilligung des Expropriationsrechtes an die Gemeinde Schaan im Falle Ant. Ospelt und nötigenfalls bei Bernh. Kaiser.

Präsident klärt über den Fall auf und erwähnt, dass ein paar Lösungen versucht worden seien, jedoch ergebnislos.

Risch Ferdi bemängelt, dass das Bauamt zu wenig Wachsamkeit zeige, wenn an den Landstrassen Zäune erstellt werden. Es werden öfters Zäune zu weit herausgesetzt und das Bauamt schaue nicht um.

In Anbetracht der Notwendigkeit der gleichmässigen Durchführung der Zillstrasse bewilligt der Landtag bei Stimmhaltung des Abg. Ferd. Risch das Expropriationsrecht an die Gemeinde Schaan in beiden Fällen, nachdem die Regierung den Antrag auf Bewilligung stellte.

5. Gesuch des Jos. Gassner in Triesenberg um Schaffung der Möglichkeit zur Wiederaufnahme eines Prozessverfahrens.

Das Gutachten des Landgerichtes wird neben dem Leumund neuerdings zur Kenntnis des Landtages gebracht.

Reg. Chef: Ich würde ein für allemal erklären, dass eine gesetzliche Aenderung ihm nicht dient und ganz zwecklos ist. Eine Aenderung würde ihm kein Recht bringen und für das Land unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Auch die Richter Dr. Erni und Dr. Müller in Flums stehen auf diesem Standpunkte.

Der Landtag beschliesst sodann nach einer eingehenden Debatte unter Berücksichtigung der Gründe, dass 1. eine Gesetzesänderung ihm nichts nützt und andererseits dies für das Land unabsehbare Folgen nach sich zieht, Ablehnung des Gesuches. Spätere Gesuche sollen kurzerhand zurückgewiesen werden.

6. Gesuch des Verbandes der liecht. Verkehrsvereine um Stellung einer Bürgschaft von Frs. 10,000.-- an das Mitteleuropäische Reisebüro in Berlin.

Präsident: Der Verband hat sich bemüht, die Fahrkartenausgabe selbst zu bewerkstelligen. Das bedeutet für denselben einen grossen finanziellen Vorteil. Bisher haben sie dieselben in Buchs beschafft und von dort eine kleine Provision bekommen. Wenn sie nun eine Kautions von Frs. 10,000 stellen, können sie es direkt machen. Ich würde empfehlen dass eine Bürgschaft in dieser Höhe gelsietet wird. Ein Risiko ist nicht zu befürchten.

Dr. Schädler: Ich habe gegen diese Bprgschaft nichts einzuwenden, wenn die Bedingung darangeknüpft wird, dass der Regierung jederzeit Einsicht in die Kassegebarung eingeräumt wird.

Der Landtag beschliesst einstimmig die Gewährung der Bürgschaft.

7. Interpretation des Art. 17 des Steuergesetzes.

Abg. Elkuch stellt den Antrag, hier klare Situation zu schaffen.

Dr. Vogt gibt die nötigen Aufklärungen.

Der fragl. Artikel wird seitens des Landtages mit Einstimmigkeit dahin interpretiert, dass Vertretung vor der Landessteuerbehörde zulässig ist gemäss dem ~~Bestimmungen~~ 95

den Bestimmungen des Landesverwaltungspflegegesetzes.

Dr. Vogt bemerkt, dass auch bereits schon an die Steuerverwaltung eine bezügliche Anweisung in diesem Sinn ergangen sei.

8. Massnahmen gegen die Einschleppung der Maul- & Klauenseuche.

Dr. Vogt referiert eingehend über die bisherigen Sitzungen mit den zuständigen schweizerischen Behörden und den liecht. Interessenten Kreisen aus dem Unterlande. Neuerdings sei die Meldung gekommen, dass sie auch in Au im Bregenzerwald neu aufgetreten sei, in welcher Nähe liechtensteinisches Vieh auf den Alpen Damüls und Elsa-Alpe sei.

Definitive Beschlüsse werden nicht gefasst, nachdem vornehmlich mit den Schweizer Behörden verhandelt werden muss. Nach Möglichkeit soll mit allem Nachdruck erwirkt werden, dass noch ~~Wiederverkauf~~ Schweine und Vieh aus dem Lande in den nächsten Tagen nach der Schweiz verkauft werden kann, da sonst angesichts des Futtermangels bei Einschleppung der Seuche im Lande eine Katastrophe entstehen könnte.

Sodann wählt der Landtag aus seinem Schosse eine viergliedrige Kommission, die der Regierung nebst anderen Sachverständigen zur Beratung der zu treffenden Massnahmen zur Seite stehen soll.

Allgemein herrscht die Meinung vor, dass es das zweckmässigste wäre, mit dem Vieh dieser beiden Alpen abzufahren.

Reg. Chef glaubt, dass es das zweckmässigste sei, nachdem das Veterinäramt jede Abfahrt liecht. Viehes verbietet, mit dem Eidg. Politischen Departemente in Fühlung zu treten.

Schluss der Sitzung um 12 1/4 Uhr.

*Herrn Dr. Vogt  
Zueh Handelin*